

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Regierung in der Krise: Was ist die Alternative?

Die Unzufriedenheit mit den Parteien in der Regierung hält an. Unsere Interessen als Arbeiter:innen vertreten aber auch alle anderen Politiker:innen nicht. Schaffen wir uns also neue Optionen!

Die Ampelregierung scheint nicht aus ihrem Umfragetief heraus zu kommen. Die Unzufriedenheit ist so groß, dass laut dem „Deutschland-Trend“ des ARD-Morgenmagazins nur 32 Prozent der Befragten für ein Fortbestehen der Koalition bis Herbst 2025 sind. 41 Prozent hingegen sind für eine Neuwahl vor dem Ende der Legislaturperiode.

Was würden Neuwahlen ändern?

Im parlamentarischen System sind Neuwahlen der logische Schritt, wenn einem nicht passt, was die angeblichen Stellvertreter:innen in der Regierung machen. Als Arbeiter:innen haben wir auch Gründe genug, unzufrieden mit der herrschenden Politik zu sein. Gegen steigende Mieten, mickrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen gibt es nichts als leere Worte. Stattdessen wird gegen Migrant:innen gehetzt oder es werden demokratische Rechte eingeschränkt.

Aber sind das einzigartige Eigenschaften der aktuellen Ampelregierung? Schauen wir uns die vergangenen Jahrzehnte an, wird schnell klar, dass im Bundestag und in der Regierung noch nie Parteien saßen, die tatsächlich unsere Interessen vertreten haben. Ob Große Koalition aus CDU und SPD, Schwarz-Gelb aus CDU und FDP oder Rot-Grün aus SPD und Grünen, die Bilanz ist Politik für die Kapitalist:innen. Dabei spielt auch kaum eine Rolle, was verschiedene Parteien vor der Wahl in ihre Parteiprogramme schreiben. Im Zweifelsfall ordnen sie sich den Interessen der deutschen Großkonzerne unter – ob im Jugoslawienkrieg, mit der Agenda 2010 oder mit 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr.

Deswegen würde sich bei einer Neuwahl ebenfalls die Frage stellen: Wen anstelle der Ampel wählen? Die CDU und die AfD machen aus ihrer Positionierung als rechte bis faschistische Parteien keinen Hehl. Der einzige Unterschied zur Ampel wäre, dass sie eventuell ehrlicher zu-

geben, dass sie für das deutsche Kapital regieren.

Bleibt noch die Linkspartei. Hier haben wir es jedoch mehr mit einem Scherbenhaufen als einer Partei zu tun. Nach einer langen Krise wird sich die Bundestagsfraktion zum 6. Dezember auflösen. Der Austritt von Sahra Wagenknecht und neun weiteren Abgeordneten hat ihr Ende besiegelt. Als sozialdemokratische Partei im klassischen Sinne konnte sie in einer Zeit der verschärften Krisen, während Corona-Pandemie und imperialistischen Kriegsvorbereitungen nicht einmal ihre kleinen Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems durchsetzen.

Eine neue Partei?

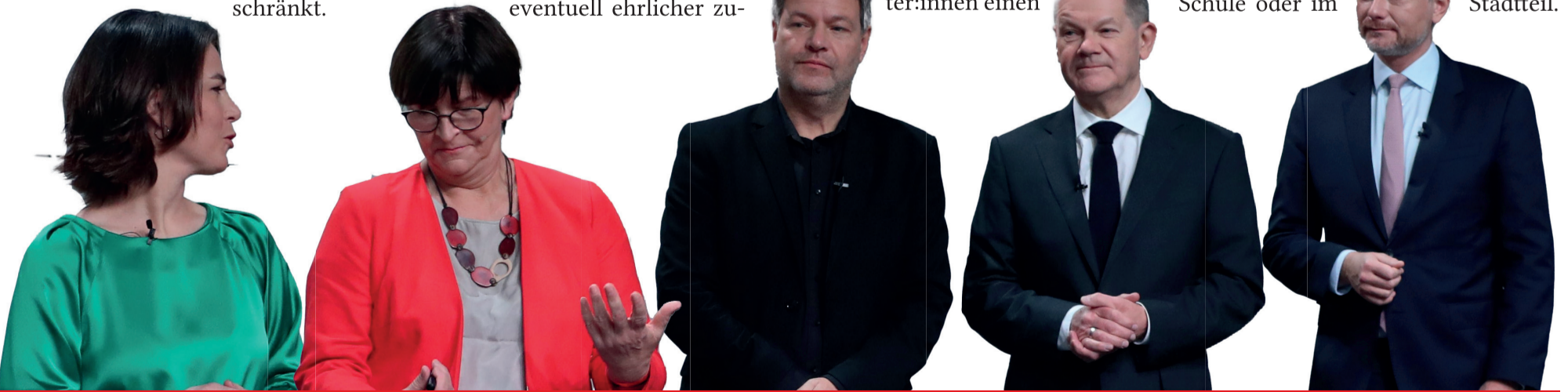
Angesichts des Scheiterns der Linkspartei lohnt es sich auch nicht, Hoffnungen auf die neue Partei von Wagenknecht zu setzen. Anstatt die Strategie, für einen kleinen Teil der Arbeiter:innen einen

noch kleineren Teil des Reichtums zu „erkämpfen“, zu hinterfragen, sucht sie ihr Glück darin, politisch noch weiter nach rechts zu gehen. Die angekündigte Politik für kleine und mittlere Kapitalist:innen und gegen Migrant:innen lässt genauso jeden Standpunkt auf Seiten der Arbeiter:innenklasse vermissen.

Anstelle dieser Projekte bürgerlicher Politiker:innen muss eine Partei her, die konsequent für die Interessen der Arbeiter:innen eintritt. In der deutschen Geschichte war es bisher nur die Kommunistische Partei Deutschlands, die diesen Anspruch für sich erheben konnte.

Ihre Art und Weise Politik zu betreiben beschränkte sich dabei nicht auf das Parlament. Im Gegenteil, es war nur ein Kampffeld von vielen. Viel bedeutender war die Aktivierung von Arbeiter:innen, damit diese selbst für ihre Interessen – ob im Betrieb, in der Schule oder im Stadtteil.

Bild: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>



Der Staat zeigt Zähne: Repression & Einschränkungen

Bereits während Corona und mit dem Ukraine Krieg hat der Staat unsere Versammlungs- und Meinungsfreiheit immer weiter eingeschränkt. Heute richtet sich diese Repression gegen die palästinensolidarische Bewegung und bereitet massive Beschneidungen der Rechte unserer Klasse vor. > Seite 2

„Deutschlandpakt Migration“: Abschiebungen & Terror

Deutschland soll „unattraktiv“ für Flüchtlinge werden. Dazu haben Bundesregierung und Bundesländer zahlreiche Maßnahmen beschlossen, welche die letzten Reste des Asylrechts weiter einschränken sollen. Rassistische Anschläge begleiten die Rechtsverschärfungen. > Seite 4

Sie beschränkte sich zudem nicht darauf, für geringe und zeitbegrenzte Verbesserungen der Lage der Arbeiter:innen zu kämpfen. Sie erkannte die Notwendigkeit, die Wurzel der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter:innenklasse, den Kapitalismus als Ganzes zu stürzen und durch den Sozialismus zu ersetzen.

Selber Alternativen schaffen

Der Sozialismus als System, in dem die Produktion geplant wird, wir als Arbeiter:innen in Räten selbst über unser Leben bestimmen und gesellschaftliche Unterdrückung wirklich bekämpft werden kann, muss auch

heute noch unser Ziel als Arbeiter:innenklasse sein. Einfach wählen können wir ihn aber nicht. Neue Systeme mussten immer durch Revolutionen erkämpft werden, und so ist es auch mit dem Sozialismus. Eine revolutionäre Partei, die diesen Kampf anführen kann, gibt es heute nicht in Deutschland. Aber es gibt Kommunist:innen, die in ihrer Gründung ihre wichtigste Aufgabe sehen.

Neben einer kommunistischen Partei braucht es außerdem eine klassenkämpferische Arbeiter:innenbewegung, die in allen Bereichen des Lebens aktiv ist und Platz für alle Arbeiter:innen bietet, sich zu beteiligen. So vielfältig unsere Klasse ist, so

ausdifferenziert müssen die verschiedenen Organisations- und Aktionsformen sein, durch die wir selbst aktiv werden. Gleichzeitig müssen die verschiedenen Teile der Arbeiter:innenklasse, die in unserer Gesellschaft gegeneinander ausgespielt werden sollen, dieser Spaltung entgegenwirken und gemeinsam kämpfen. Nur in der breiten Masse vereint können wir unsere zahlenmäßige Übermacht als Arbeiter:innen gegenüber den Kapitalist:innen wirklich zur Geltung bringen.

Und auch wenn von solch einer Arbeiter:innenbewegung heute ebenso noch nicht die Rede sein kann wie von einer kommunistischen Partei,

können wir heute damit anfangen, sie aufzubauen. Wir können heute einen Schritt auf unsere Kolleg:innen, Nachbar:innen und Mitschüler:innen zugehen, uns zusammenschließen und den Grundstein für die klassenkämpferische Bewegung von morgen legen. Wir können heute schon Kundgebungen gegen steigende Mieten veranstalten, für echte Lohnerhöhungen kämpfen, Schulstreiks gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit durchführen oder Diskussionen über den Sozialismus führen. Als Arbeiter:innen können wir heute Kämpfe führen und gewinnen – auch ganz ohne im Parlament zu sitzen.

Einschränkung demokratischer Rechte und Repression am laufenden Band: Der Staat zeigt seine Zähne!

Bereits während der Corona-Pandemie und mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs hat der deutsche Staat unsere Versammlungs- und Meinungsfreiheit immer weiter eingeschränkt. Heute richtet sich diese Repression und Schikane vor allem gegen die palästinasolidarische Bewegung und bereitet schrittweise weitere massive Beschneidungen der Rechte unserer ganzen Klasse vor.

Der deutsche Staat macht gegenwärtig mehr als deutlich, dass die Unterstützung Israels für ihn kein Lippenbekenntnis ist. Nicht nur wurden die Waffenlieferungen aus Deutschland nach Israel in den letzten Wochen im Vergleich zum Vorjahr auf das Zehnfache gesteigert. Auch im Innern setzen die deutschen Behörden alles daran, jegliche Infragestellung des Krieges gegen die palästinensische Bevölkerung und jeglichen Protest gegen den Krieg zu kontrollieren und mit einer Welle von Repression und Einschüchterung zu unterdrücken.

Massive Einschränkungen von Versammlungs- und Meinungsfreiheit

In Berlin, Frankfurt, Hamburg und anderen deutschen Großstädten wurden unmittelbar nach Kriegsausbruch in Palästina der Großteil der Demonstrationen und angemeldeten Versammlungen verboten. Fanden dennoch Proteste statt, wurden diese unter teils massivem Einsatz von Polizeigewalt und Androhung von Strafen aufgelöst. Vielerorts wurde über mehrere Wochen de facto ein generelles Demonstrationsverbot für Palästina verhängt. Während in einigen Städten wie Berlin teilweise die Aufhebung der Verbote zurück erkämpft werden konnte, wird in Hamburg seit Oktober ununterbrochen gar durch kurzfristige Verlängerungen einer Allgemeinverfügung das Verbot für fast alle Palästina-Versammlungen aufrechterhalten.

Auch auf zugelassenen Demonstrationen schränken die Behörden die Freiheiten der Demonstrierenden stark ein. Mittels vorher festgelegter Auflagen oder spontan während der laufenden Proteste untersagt die Polizei mittlerweile regelmäßig das Ausrufen bestimmter Parolen. In einigen Städten wurden etwa die Parolen „Deutschland finanziert, Israel bombardiert“ oder „Stoppt den Krieg“ von der Polizei untersagt – und zwar unter der Androhung der sofortigen Auflösung der Demonstration. Damit wird schon das bloße Eintreten gegen Kriege und Rüstungslieferungen eingeschränkt und faktisch kriminalisiert.

Besonders in den Fokus ist der Demonstrationsruf „From the river to the sea – Palestine will be free!“ (deutsch: Palästina wird frei sein, vom Fluss bis zum Meer) gerückt. Diese Parole wird mittlerweile in mehreren Bundesländern als Volksverhetzung gewertet. Dabei unterstellen die Staatsanwaltschaften dem Slogan pauschal einen antisemitischen Inhalt: Wer die Parole rufe, stelle automatisch auch den israelischen Staat und das Recht der israeli-

schen Bevölkerung auf ein Leben in der Region infrage und müsse daher auch die Massaker der Hamas an israelischen Zivilist:innen gutheißen – so die Logik der Repressionsbehörden.

Der Punkt dabei ist: Solche reaktionären Inhalte werden erst vom Staat aktiv in die Parole hineininterpretiert! An sich fordert diese nämlich nichts weiter als Freiheit für die Menschen in einer bestimmten Weltregion, und sie tätigt keinerlei Aussage darüber, ob diese Freiheit in zwei Staaten, einem gemeinsamen Staat für Israel und Palästinenser:innen, einer kapitalistischen oder einer sozialistischen Gesellschaft realisiert werden soll. Genau deshalb wird die Parole von Palästina-Unterstützer:innen aus unterschiedlichen - und zwar überwiegend fortschrittlichen - politischen Lagern seit Jahrzehnten verwendet.

Man kann diese Parole in ihrer Unbestimmtheit für gelungen halten oder nicht. Der gefährliche Präzedenzfall, den der Staat hier schafft, ist aber der, eine verbreitete Parole zu kriminalisieren, indem er dort aktiv reaktionäre, antisemitische Inhalte hineininterpretiert und diese den Demonstrant:innen unterstellt. Mit einer ähnlichen Logik, die alles



in einen Topf wirft, hat die Polizei in Köln bei einer Demo die „Billigung alternativer Staatsformen“ per Auflage untersagt, wobei sie die Forderung nach einem islamischen Kalifat ebenso darunter fasste wie die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft.

Den Behörden geht es offenbar darum, jegliche Kritik an der deutschen Politik und am deutschen Bündnispartner Israel zu unterbinden. Das ist an sich nicht neu: Bereits während der Corona-Pandemie und mit dem Beginn des Ukraine-Krieges agierte der Staat in einer Art und Weise, die Widersprüche zur herrschenden Meinung verunmöglichen sollte.

Migrant:innen und Geflüchtete stehen im Visier

In Nordrhein-Westfalen entflammte zuletzt eine öffentliche Debatte darüber, ob Ausländer:innen aus Nicht-EU-Ländern womöglich vom Recht auf Versammlungsfreiheit ausgeschlossen werden sollten. Die Antisemitismusbeauftragte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger schlug in diesem Zuge vor, dass nur noch Inhaber eines deutschen Passes Versammlungen anmelden können sollten. Vorerst wurde dieser Vorstoß aus anderen bürgerlichen Lagern zurückgewiesen. Doch sind es bereits jetzt besonders Migrant:innen und Geflüchtete, die von der Repression betroffen sind.

In den letzten Monaten hat sich das staatliche Vorgehen gegen migrantische Revolutionär:innen deutlich verschärft. So wurde unter anderem die palästinensische Organisation Samidoun verboten, einzelnen Aktivist:innen dieser Gruppe wurde eine Abschiebung angedroht. Von mehreren Politiker:innen wurde zuletzt im Zuge des laufenden Umbaus des Migrations- und Asylrechts auch die seit längerem immer wieder aufgetauchende allgemeine Forderung, unliebsame politische Aktivität als Abschie-

begründet gesetzlich zu verankern, hervorgebracht. Migrant:innen ohne deutschen Pass sehen sich bei Demonstrationen oder dem Kundtun ihrer Meinung ständig der Gefahr ausgesetzt, ihren Aufenthaltsstatus aufs Spiel zu setzen. So soll der Protest von Migrant:innen durch den Staat effektiv eingedämmt werden.

Warum sich die Repression aktuell gegen Palästina-Demonstrationen richtet...

Der Ausbruch des Krieges in Palästina seit dem Vorstoß des palästinensischen Widerstandes unter Führung der islamisch-fundamentalistischen Hamas hat auch hier in Deutschland unmittelbaren Widerhall gefunden: Bereits am Abend des 7. Oktober fand in Berlin-Neukölln eine spontane Kundgebung statt, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. Die Begründung war, es seien gewaltverherrlichende Sprechchöre zu hören gewesen. Das Echo in den Medien war groß: Die Demonstrierenden wurden als Antisemit:innen und Terrorbefürworter:innen angeprangert.

Mit der Darstellung der palästina-solidarischen Kundgebungen und Demonstrationen als antisemitisch, demokratiefeindlich, kriminell, gewaltvoll und terroristisch bedienen staatliche Behörden, flankiert von der Medienberichterstattung, den in Deutschland vorherrschenden Rassismus gegen muslimische und arabische Migrant:innen. Tatsächlich gibt es einige islamistische Gruppen, die sich die aufkommende Solidarität mit Palästina zu Nutze machen wollen – doch die pauschale Verallgemeinerung, dass alle Versammlungen Horte des Islamismus seien, ist falsch. Allerdings fallen solche Behauptungen auf fruchtbaren Boden, schließlich propagieren faschistische und rechte Denker:innen seit Jahren immer wieder die Notwendigkeit, das Deutschland gegen die Muslim:innen zu verteidigen zu müssen.

Es existiert zudem ein breiter bürgerlicher Konsens darüber, dass die bedingungslose Solidarität mit Israel zur deutschen Staatsräson gehört. Jegliche Infragestellung eines zionistischen kapitalistischen Staates wird dementsprechend als Antisemitismus definiert. Der Vorwand, durch die gegenwärtigen Grundrechtseinschränkungen den Antisemitismus der Demonstrierenden bekämpfen zu wollen, spricht durch diese Scheinargumentation viele weitere Menschen in Deutschland an. Viele glauben bereitwillig der paradoxen Erklärung, dass der deutsche Staat lediglich die Rechte einer Gruppe von Migrant:innen einschränke, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung insgesamt zu erhalten.

Das macht die palästinasolidarische Bewegung zu einem idealen Testfeld, in dem Politiker:innen und Behörden sich sicher sein können, dass es auch für rabiate Maßnahmen und massiven Gewalteininsatz einen Rückhalt geben wird. Selbst große Teile des linken Spektrums, die unter anderen Umständen Grundrechtsverletzungen womöglich scharf kritisieren würden, tragen die bürgerliche Argumentation mit und billigen damit die herrschende Politik.

...und warum das unsere ganze Klasse betrifft

Doch lassen wir uns nicht täuschen: Auch wenn der Krieg in Palästina enden und die spontane Bewegung in Solidarität mit dem Krieg in Palästina wieder abflauen wird, werden die Einschränkungen unserer Grundrechte insgesamt bleiben. Das heißt nicht, dass die Repression nun weiter linear ansteigen wird und zum Beispiel dauerhaft sozialistische und klassenkämpferische Demonstrationen verboten werden. Der deutsche Staat wird geschickt immer wieder die Zügel locker lassen und Zugeständnisse machen und versuchen die verschiedenen Teile unserer Klasse gegeneinander

auszuspielen. Doch die Verbote von Demonstrationen und Parolen sowie der massive Einsatz von Polizeigewalt sind ein jederzeit abrufbares Mittel in der Niederhaltung unserer Klasse und unseres Klassenkampfes.

Schon heute ist klar, dass sich dieser Klassenkampf in Zukunft weiter zuspitzen wird. Der Krieg in Palästina und die Spannungen in Westasien sind nur vereinzelte Beispiele, die uns gegenwärtig aufzeigen, wie die Widersprüche im imperialistischen Weltsystem immer größer werden. Der Krieg in der Ukraine, die Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfes, das Ringen von China und USA um Taiwan – weltweit spitzt sich der Konkurrenzkampf der imperialistischen Mächte zu, weltweit kämpfen die kapitalistischen Staaten um Einflussbereiche. Auch der deutsche Staat muss sich derzeit strecken, um in diesem Wettstreit nicht ins Hintertreffen zu geraten. Die gewaltige Aufrüstung der Bundeswehr und der Umbau der deutschen Industrie kosten viel Geld. Und genau diese finanziellen Mittel holt sich der Staat durch die Kürzungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit. Die Kosten für die Hochrüstung des deutschen Imperialismus trägt also unsere Klasse.

Parallel zur Verschärfung der internationalen Widersprüche sehen wir, wie sich der deutsche Staat die freundliche „freiheitlich-demokratische“ Maske vom Gesicht zieht und mit immer neuen Grundrechtseinschränkungen und Gewalt gegen ihm nicht passende Proteste vorgeht. Je organisierter unsere Klasse insgesamt gegen die Angriffe auf unsere Lebensbedingungen vorgehen wird und je stärker die klassenkämpferische Bewegung in Deutschland wird, umso mehr wird der Staat auch unserer ganzen Klasse gegenüber sein wahres Gesicht zeigen. Machen wir uns also darauf gefasst!



„Deutschlandpakt Migration“: Mehr Abschiebungen, weniger Geld und offener Terror

Deutschland soll „unattraktiv“ für Flüchtlinge werden. Dazu haben Bundesregierung und Bundesländer zahlreiche Maßnahmen beschlossen, welche die letzten Reste des Asylrechts weiter einschränken sollen. Rassistische Anschläge begleiten die Rechtsverschärfungen.

Während die Bundesregierung ihre Waffenlieferungen in Kriegsregionen wie in die Ukraine und nach Israel immer weiter steigert und Rüstungskonzerne ihre Produktion auch in Deutschland ausweiten, soll das Land stärker gegen Migrant:innen und Flüchtlinge abgeschottet werden. Allen, die es doch nach Deutschland schaffen, soll hier das Leben so schwer wie möglich gemacht werden.

Bundeskanzler Olaf Scholz gab die Marschrichtung dafür bereits im Oktober vor, als er im Interview mit dem Magazin Spiegel forderte: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“. Die rechtlichen Möglichkeiten

dazu schafft die Bundesregierung gleich mit, indem sie willkürlich immer mehr Länder zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten deklariert. Mitte November hat der Bundestag Georgien und Moldau mit in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten aufgenommen. Nun soll mit den Ländern noch ein sogenanntes Migrationsabkommen geschlossen werden, um nach einem Schnellverfahren Geflüchtete sofort abschieben zu können. Konkretisiert werden soll das Ganze im neuen sogenannten Rückführungsverbesserungsgesetz.

Rechter Terror folgt auf rassistische Stimmungsmache

In den vergangenen Monaten hat die rassistische Stimmungsmache gegen Migrant:innen und

Flüchtlinge erneut einen neuen Höhepunkt erreicht, der unter anderem die Streitigkeiten zwischen Bund und Kommunen um die Finanzierung von Unterkünften und Versorgungsleistungen als Hintergrund hatte.

Begleitet wurde diese Hetze von zahlreichen faschistischen Mobilisierungen und Angriffen auf Migrant:innen und Flüchtlinge. Bereits bis zum September gab es in diesem Jahr mit 1515 Angriffen 150 mehr als im gesamten Jahr 2022. Tendenz weiter steigend!

Fakten interessieren in der Debatte nicht

In der Politik und den Medien wird ein Bild geschaffen, als ob die Zahl der Flüchtlinge die Deutschland erreichen, im laufenden Jahr massiv explodieren würden. Die Zahlen steigen zwar aufgrund von Kriegen und Umweltkatastrophen wieder, sind aber meilenweit hinter denen von 2015/2016 zurück. Trotzdem wird heute eine viel größere staatliche rassistische Hetze als damals verbreitet. Die Folge sind mehr Angriffe und eine immer restriktivere Gesetzgebung und Verwaltung.

Ausgewählte Migration fürs Kapital

Parallel zur weiteren Abschottung Deutschlands gegen Flüchtlinge wird

die Anwerbung von dringend benötigten ausgebildeten und qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland verstärkt. Im November traten Änderungen an der sogenannten „Blauen Karte EU“ in Kraft. Damit sollen effektiver Arbeiter:innen für sogenannte Engpassberufe angeworben werden. Also Arbeitsplätze, für die nicht ausreichend Arbeitskräfte in Deutschland gefunden werden können. Waren die Berufe bisher auf akademische Berufe beschränkt, wurden diese jetzt stark erweitert. So fallen nun auch Krankenpfleger:innen und Geburtshelfer:innen sowie Lehr- und Erziehungskräfte im schulischen und außerschulischen Bereich darunter.

Wer also in Deutschland „willkommen“ ist, entscheidet sich allein nach den Interessen des deutschen Kapitals und seinem Verlangen nach wertbaren Arbeitskräften. Doch wie schon der Schweizer Schriftsteller Max Frisch 1965 feststellte, wird es auch dieses Mal heißen: „Sie riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“ und diese Menschen bringen nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch ihre Bedürfnisse, ihre Kulturen und die nationalen Kampftraditionen ihrer Klasse mit nach Deutschland. Ihre Interessen sind dieselben, wie die der bereits hier lebenden Arbeiter:innen. Es gilt sie gemeinsam zu erkämpfen und durchzusetzen.



Norbert Nagel, Mörfelden-Walldorf, Germany, CC BY-SA 3.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>, via Wikimedia Commons

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn
twitter.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon
mastodon.social/@perspektiveon

Vi.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende
<https://perspektive-online.net/spenden>